

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXV/36

Bonn, den 24. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Kritik um jeden Preis?</u> zu den Angriffen der CDU/CSU auf Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt	42
2	<u>Sportförderung</u> Der Bund steigert seine finanziellen Leistungen	50
3	<u>Mit Blick auf morgen</u> Neue Aufgaben für das Forschungszentrum Geesthacht	48
4	<u>Fünfeck links</u> Neue Erscheinungen in der französischen Innenpolitik Von Georg Scheuer, Paris	48

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Verhandlungen synchronisieren
Oder-Weiße-Linie "niemals Gegenstand von Gesprächen"
Ostpolitik europäisieren
Vielfalt der Probleme darf nicht heruntergespielt werden
Unterrichtung über Entwicklung in der DDR
Zum 100. Geburtstag von Ludwig Czech
BdV betreibt Zeitungsschelte
Fristen müssen beachtet werden

Kritik um jeden Preis?

den Angriffen der CDU/CSU auf Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt

sp - Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt hat am vergangenen Wochenende vor dem Parteirat der SPD, also den Führungsgremien der stärksten demokratischen Partei der Bundesrepublik Deutschland, einige Ideen zu Reformplänen der Bundeswehr vorgetragen. Es ging hierbei vornehmlich um die Frage, wie ein die gesamte deutsche Öffentlichkeit, aber besonders die deutsche Jugend interessierendes Problem vernünftig gelöst werden könne - um die Frage der Wehrgerechtigkeit. Was Helmut Schmidt hierbei vortrug, ist nicht ganz neu. Auch frühere Verteidigungsminister, zahlreiche Zeitungen, Fachzeitschriften sowie die Offiziere und Mannschaften der Bundeswehr selbst haben sich schon häufig - teils öffentlich, teils intern - hierzu geäußert.

Nun finden Sprecher der CDU/CSU es "merkwürdig", daß sich der Bundesverteidigungsminister vor den Führungsgremien seiner Partei dazu äußert. Helmut Schmidt hätte, so sagen sie, zunächst im Verteidigungsausschuß des Bundestages seine Pläne zur Diskussion stellen sollen, ehe er ein Parteigremium damit beschäftigte.

Die CDU/CSU scheint ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis zu haben. Frühere Verteidigungsminister - und nicht nur diese - haben ihre Pläne, Absichten und Ideen nicht selten vor ihrer parlamentarischen Behandlung den Führungsgremien ihrer Partei vorgetragen und dadurch das Interesse einer breiten Öffentlichkeit für das betreffende Thema geweckt. Niemand hat ihnen daraus einen Vorwurf gemacht, zumal man weiß, daß das gleiche Thema in jedem Falle selbstverständlich in den hierfür zuständigen Gremien im Parlament zur Diskussion gestellt wird. Jetzt hat ein Sozialdemokrat dasselbe getan, und gleich nennen einige CDU/CSU-Sprecher das von ihren Ministern angewandte Verfahren "undemokratisch".

Auch an diesem Beispiel sieht man, daß sich die CDU/CSU noch nicht auf ihre Oppositionsrolle eingespielt hat. Ihre Sprecher wollen bei jeder Gelegenheit und um jeden Preis zeigen, daß sie anderer Meinung sind als die Regierung. Purzelbäume, die bei solchen Gelegenheiten geschlagen worden, spielen keine Rolle. Vielleicht nennt man das bei der CDU/CSU Training.

Laut Grundgesetz wirken die Parteien an der politischen Willensbildung mit. Ihre Aufgabe ist es unter anderem, auch neue Ideen - ganz gleich, von wem sie vorgetragen werden - zu diskutieren und auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen. Helmut Schmidt hat Recht daran getan, daß er den Führungsgremien der SPD seine Ideen vortrug. Wem das nicht gefällt und wer daran etwas auszusetzen hat, der scheidet noch nicht begriffen zu haben, daß die demokratischen Parteien unseres Staates der Motor der Demokratie selbst sind oder sein sollen.

+ - +

Sportförderung

Der Bund steigert seine finanziellen Leistungen

E.D.Sch. - Die Bundesregierung will im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 1973 fast 50 Prozent der Mittel bereitstellen, die von 1950 bis 1966 von allen bisherigen Bundesregierungen zur Förderung des Sports in der Bundesrepublik ausgehen wurden. Nach den Vorstellungen der Regierung soll das Parlament den Planungen zustimmen, die für den Gesamtbereich Sport, Gesundheit und Erholung 181,8 (1970), 224,6 (1971), 275,9 (1972) und 234,4 Millionen DM (1973) vorsehen. Hinzu kommen sport-spezifische Mittel für die bundesdeutschen Sportverbände, Teilnahme von Sportlern an Meisterschaften und Lehrgängen, Sportstättenbau, Errichtung von Leistungszentren und die Bundesbeteiligung von 50 Prozent an den Olympiakosten nach Änderung des Konsortialvertrages zwischen dem Bund, dem Land Bayern und der Landeshauptstadt München.

Während bis 1969 etwa eine Milliarde DM an Sportförderungsmitteln durch den Etat des Bundesinnenministeriums liefen, werden es nach dem Haushaltsentwurf der Regierung von 1970 bis 1973 allein 574,8 Millionen DM sein. Die Aufgliederung ergibt Ansätze von 125,9 (1970), 160,5 (1971), 181,7 (1972) und 106,7 Millionen Mark im Jahre 1973. Im Haushaltsartikel für "Zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports und der Leibeserziehung" sind bis 1973 80,6 Millionen Mark veranschlagt. Durch diese Mittel werden unter anderem die Arbeit des Deutschen Sportbundes und seiner Fachverbände gefördert sowie die materiellen Voraussetzungen für die Teilnahme von Sportlern an Wettbewerben im nationalen und internationalen Bereich geschaffen. Hinzu kommt die Aktivierung der Sportwissenschaften durch den Aufbau des Bundesinstituts für Sportwissenschaften in Köln. Die SPD/FDP-Regierung will zur Förderung des Sportstättenbaus und zur Errichtung weiterer Leistungszentren auf Bundesebene zunächst bis 1973 jährlich 37 Millionen Mark bereitstellen. 39 Millionen Mark sahen die Haushaltsansätze des Bundes-Sportetats zwischen 1967 und 1969 als Bundesanteil für die olympiabedingten Kosten in München und Kiel vor.

Von 1970 bis 1973 werden nach der Regierungsvorlage weitere 273 Millionen DM als Bundeszuschuß zur Durchführung der XX. Olympischen Spiele in München und Kiel benötigt. Aufgrund des Parlamentsantrages der Regierungsfractionen vom November vergangenen Jahres stellte die Bundesregierung bis 1973 50 Millionen DM als Zuschüsse zum Ausbau der Stadien bereit, wo 1974 Spiele um die Fußballweltmeisterschaft stattfinden. Das Hearing des Ausschusses für Sport und Olympische Spiele brachte für die Parlamentarier eine Reihe interessanter Fakten hierzu. Der Sportetat 1970 und die Planungen der mittelfristigen Finanzierungsansätze bis 1973 lassen deutlich erkennen, daß der Bund die Position des "subsidiären Zahlmeisters" zugunsten einer partnerschaftlichen Rolle mit dem Sport und den Bundesländern vertauschen möchte.

+ + +

Mit Blick auf morgen

Neue Aufgaben für das Forschungszentrum Geesthacht

nn. - Das Zentrum für Forschungsreaktoren, getragen vom Bund, den vier norddeutschen Küstenländern und der Schiffbauindustrie bei Geesthacht an der Elbe, bereitet sich auf neue Aufgaben vor. Einmal werden die wissenschaftlichen Grundlagen für den atomaren Antrieb eines Großtankers erarbeitet, der dann in eigener Rechnung und Regie von einem Reeder zu beschreiben wäre, was bei dem ersten europäischen Atomfrachter, dem Erzschiiff "Otto Hahn", nicht der Fall ist.

Zum anderen wird in Geesthacht ein gasgekühlter Hochtemperaturreaktor mit 25 Megawatt installierter Leistung als Versuchsanlage gebaut. Hier sollen die Erkenntnisse für die gasgekühlten Brutreaktoren von morgen gesammelt werden, die mit einer Leistung zwischen 600 und 1.200 installierten Megawatt die elektrische Versorgung der Bundesrepublik sicherzustellen haben. Damit in Verbindung stehen dann die kommenden Großprojekte der Meerwasser-Entsalzung, der Süßwasserversorgung für Bevölkerung und Industrie nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der ganzen Welt.

Hier eröffnet sich ein weites Feld für Exportindustrien von morgen. Die Zielprojektion lautet, mit Hilfe der Energie von Atomkraftwerken täglich mindestens in einer Anlage 200.000 Kubikmeter Süßwasser zu erzeugen, das nicht mehr als zehn Pfennige pro Kubikmeter kosten würde und damit in den heutigen Preis der üblichen Wasserwerke eintreten könnte. In den Industriestaaten beträgt der Pro-Kopf-Verbrauch an Süßwasser heute zwischen vier und acht Kubikmeter täglich. In Küstenzonen mit Brackwasser im Untergrund, in Ballungszentren mit verschmutzten Flüssen und in Küstenzonen kann schon heute nicht mehr genügend Süßwasser beschafft werden. Gegenwärtig werden nach Feststellungen der Vereinten Nationen in der Welt 400.000 Kubikmeter Süßwasser aus dem Meer gewonnen. Eine neue russische Anlage am Kaspischen Meer produziert 200.000 Kubikmeter täglich.

Die bislang gängigen Verfahren sind die Entspannungs-Verdampfungsanlagen. Mit kostspieligen Apparaturen, die Heißdampf aus konventionellen Kesselanlagen entnehmen, ist es möglich, mit einer Tonne Dampf zehn Tonnen Süßwasser aus Meerwasser zu gewinnen. An diese Anlagen wird man mit Hilfe der neuen Atomkraftwerke anzuknüpfen haben. In der Bundesrepublik werden bereits einige Atomkraftwerke, die noch nicht mit gasgekühlten Brutreaktoren arbeiten, gebaut. Ihre installierte Leistung liegt bei 600 Megawatt und darüber. Hier bietet sich bereits der Anschluß von Verdampfungsanlagen nach dem Entspannungsprinzip zunächst als Versuchsmodelle, später zur Versorgung von Bevölkerung und Industrie, an. In Geesthacht werden dafür die ersten Vorarbeiten geleistet.

Konventionelle Anlagen zur Süßwassergewinnung hat die deutsche Industrie bereits an Staaten Arabiens und Mittelamerikas geliefert. Jetzt soll auf der Insel Helgoland eine Anlage gebaut werden, aus der man lernen kann. Ziel der deutschen Entwicklungsarbeit mit Schwerpunkt in Geesthacht soll es sein, Atomkraftwerke verkoppelt mit Entsalzungsanlagen nach Katalog in Größenklassen und zu Festpreisen anzubieten, um hier einen neuen Exportmarkt zu erobern. Eine Reihe großer amerikanischer Firmen arbeitet gleichfalls in dieser Richtung.

Fünfeck links

Neue Erscheinungen in der französischen Innenpolitik

Von Georg Scheuer, Paris

Nach dem letzten Kongreß der Kommunistischen Partei Frankreichs setzte der außerordentliche Parteitag der linksliberalen Parti Radical neue Zeichen für die französische Linke. Seit einem Menschenalter war die "Radikale Partei" Frankreichs, einst Vorkämpferin für Freihandel und Menschenrechte, nur noch eine überalterte Splittergruppe.

Nun erfolgt mit Jean-Jacques Servan-Schreiber (45) ein neuer Start. Sein Manifest erscheint unter dem bezeichnenden Titel: "Himmel und Erde". Das Schlagwort ist, wie Servan-Schreiber in einem Fernsehinterview erklärte, Mao Tsetung entliehen. Zum Unterschied vom Cheftheoretiker der Kommunistischen Partei Chinas will Frankreichs "Radikale" Partei aber die unvermeidlichen Änderungen nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Reform erreichen.

Radikale Worte gehören zu einer jahrhundertalten französischen Tradition. Ob darauf ebenso radikale Taten folgen, ist eine andere Frage. General de Gaulle sagte einmal, die bisherige französische Geschichte zeige, daß friedliche Reformen schwer durchzuführen seien; zumeist erfolge die Entwicklung hier nach längerer Stagnation in plötzlicher revolutionärer Beschleunigung.

Tatsächlich wurden zum Beispiel grundlegende Sozialreformen, die in Deutschland schon zu Beginn des Jahrhunderts verwirklicht waren, in Frankreich erst 1936 nach einer Massenstreikwelle unter der Regierung des Sozialisten Leon Blum in Angriff genommen. Weitere Sozialreformen wurden erst 20 Jahre später von der Regierung Guy Mollet verwirklicht. Nach weiteren zwölf Jahren Stagnation folgten die Unruhen des Mai 1968, die noch jetzt in allen politischen Parteien nachwirken.

Den Niederschlag findet man in den oft erstaunlich kühnen Erklärungen sowohl des Premierministers Chaban-DeLmas und seines Finanzministers Giscard d'Estaing, als auch eben des neuen Chefs der Radikalen Partei Jean-Jacques Servan-Schreiber.

Im Regenbogen der französischen Politik steht Servan-Schreiber zwischen der Sozialistischen Partei (die frühere SFIO, jetzt unter der Führung von Alain Savary) und dem linken Flügel des Zentrums (Jean Lecanuet). Im linksdemokratischen Lager stehen noch zwei weitere Parteien: die Convention (CIR) mit François Mitterand und die linksunabhängige PSU mit Michel Rocard.

Ungefähr so stark wie diese vier sozialistisch-demokratischen Parteien (Radikale, Sozialisten, Convention, PSU) zusammen, ist im Landesdurchschnitt die Kommunistische Partei Frankreichs. Man kann also von einem "Fünfeck links" sprechen, allerdings mit verschieden langen Kanten.

In den nächsten Kantonalratswahlen und in den später folgenden Kommunalwahlen müssen jetzt alle französischen Linksparteien taktische Abkommen treffen, wenn sie nicht von dem gleichfalls innerlich uneinigen, aber im Entscheidungsfall vereinten gaullistisch-konservativen Bürgerblock geschlagen werden wollen.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob das Manifest "Himmel und Erde" nur ein taktisches Strohfeuer zur Anheizung lokaler Wahlstrategie ist oder ob es wirklich als demokratischer Wegweiser in die 70er Jahre funktioniert.